

BLICK im Blick



Iran nicht vergessen!

Ein Land erstickt im Blut

S.4

Zu wenig Budget

Eimsbütteler Jugendhilfe unterfinanziert

S.6

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen der SPD in Eimsbüttel,

mit frischer Energie ist unser Vorstand ins neue Arbeitsjahr gestartet. Auf unserer Klausurtagung haben wir uns bewusst Zeit genommen, um unsere Zusammenarbeit zu reflektieren, neue Schwerpunkte zu setzen und Ideen für einen lebendigen Distrikt zu sammeln. Schnell wurde klar: Wir wollen mehr politischen Austausch und weniger reine Organisation. Künftig soll in unseren Sitzungen regelmäßig Raum sein für inhaltliche Debatten und die Frage, was uns politisch aktuell bewegt. Denn eine starke SPD lebt vom Gespräch, vom Zuhören und vom gemeinsamen Ringen um die besten Lösungen.



Gleichzeitig arbeiten wir daran, unsere Abläufe klarer und verbindlicher zu gestalten – mit einer besseren Aufgabenverteilung im Vorstand und moderneren Strukturen im Hintergrund. So schaffen wir Freiräume für das Wesentliche: politische Arbeit im Stadtteil.

Auch inhaltlich haben wir viel vor. Geplant sind Veranstaltungen und Diskussionen unter anderem zu Klimaschutz, Mobilität in Hamburg, rechten Strömungen und internationalen Entwicklungen. Dabei wollen wir verstärkt Referent:innen sowie Mandatsträger:innen einladen, um Politik greifbar zu machen und mit Euch ins Gespräch zu kommen.

Unser Ziel ist klar: **Mehr Austausch, mehr Beteiligung und mehr Präsenz in Eimsbüttel-Nord.** Dazu gehören regelmäßige Mitgliederversammlungen, neue Veranstaltungsformate, eine stärkere Vernetzung mit anderen Distrikten und gemeinsame Höhepunkte wie unser Sommerfest.

Auch unser *Blickpunkt* entwickelt sich weiter: Ab März erscheint er in Farbe und künftig neunmal im Jahr. Neben einer stärkeren digitalen Perspektive setzen wir weiterhin auf gedruckte Ausgaben und persönliche Gespräche im Stadtteil. Die Klausur endete mit viel Motivation und einem gemeinsamen Gefühl: Wir haben Lust, etwas zu bewegen – mit Euch und für Eimsbüttel-Nord.

Solidarische Grüße

Charlotte Nendza-Ammar und Gabor Frese, Distriktvorsitzende

Ein Land erstickt im Blut – Iran nicht vergessen!

Seit Ende Dezember 2025 gehen im Iran erneut Menschen auf die Straße. Doch was als revolutionärer Protest gegen das Regime begann, ist längst zu einem Massaker geworden. Menschen demonstrieren nicht aus Leichtsinn. Sie gehen auf die Straße, weil sie nichts mehr zu verlieren haben – weil sie Freiheit, Würde und eine Zukunft verlangen.

Nach 47 Jahren Unterdrückung hat der Protest im Iran eine neue, unübersehbare Qualität erreicht. War 2022 vom mutigen Widerstand der Frauen geprägt, handelt es sich heute um einen Aufstand der gesamten Gesellschaft. Alte und Junge stehen auf den Straßen, Frauen und Männer, Arbeiter:innen ebenso wie Akademiker:innen. Es ist ein Protest quer durch alle Generationen und sozialen Schichten – getragen von einer gemeinsamen Erfahrung: dem Entzug jeder Selbstbestimmung.

Der Anspruch der Iraner:innen ist dabei so schlicht wie fundamental. Sie verlangen nichts weiter als das Recht, selbst über ihr Leben zu entscheiden. Über ihren Körper, ihre Meinung, ihre Zukunft. Und genau für dieses Recht zahlen sie einen hohen Preis. Denn das Regime antwortet mit Gewalt. Seit dem 29. Dezember schießen Sicherheitskräfte gezielt und mit tödlicher Absicht auf unbewaffnete Menschen. Besonders um den 8. und 9. Januar, als das Internet abgeschaltet wurde, kam es zu Massentötungen. Die Dunkelheit war kein Zufall. Sie sollte vertuschen, was geschieht, wenn ein Staat den Krieg gegen die eigene Bevölkerung erklärt.

Wie viele Menschen getötet wurden, weiß niemand genau. Tausende? Zehntausende? Noch mehr? Schon diese Ungewissheit ist Teil der Gewalt. Familien suchen verzweifelt nach ihren Angehörigen. Viele finden nichts – weder einen Körper noch ein Grab. Andere werden gezwungen zu schweigen und Lösegeld zu zahlen, um ihre Toten beerdigen zu dürfen. Grausam ist vor allem die Verfolgung der Verwundeten. Sicherheitskräfte dringen in Kliniken ein, verschleppen Verletzte oder erschießen sie gleich in ihren Krankenbetten. Ärzt:innen werden verhaftet, weil sie Leben retten. Menschen verbluten aus Angst, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Frauen trifft die Gewalt in besonderer Weise. Viele weibliche Leichname werden nicht herausgegeben. Es gibt schwerwiegende Hinweise auf Folter und sexualisierte Gewalt. Ihre Körper sind Beweise dieser Verbrechen. Die Vorstellung, dass junge Frauen erst vergewaltigt und dann getötet werden, ist kaum zu ertragen. Und doch passt sie erschreckend genau zu dem, was dieses Regime



Protest-Demo in Hamburg am 31. Januar 2026

Foto: Armita Kazemi

Frauen seit Jahrzehnten antut. Die internationale Gemeinschaft reagiert, wenn auch zunächst zögerlich. Es gibt politische Schritte und Sanktionen, darunter auch die Einstufung der Revolutionsgarde als Terrororganisation – eine Forderung, die Iran-Expert:innen und die iranische Diaspora seit Jahren erheben. Das ist wichtig. Aber es bleibt eine unzureichende Reaktion, solange ihr keine spürbaren Konsequenzen folgen. Notwendig sind weitere gezielte Sanktionen gegen die Verantwortlichen, internationale Ermittlungen zu den begangenen Verbrechen sowie die konsequente Anwendung des Völkerstrafrechts. Für Deutschland bedeutet das auch die sofortige Beendigung aller Handelsbeziehungen mit dem iranischen Regime und die Ausweisung des iranischen Botschafters. Denn diplomatische Kontakte und wirtschaftliche Normalität haben das Töten über Jahrzehnte nicht verhindert, sondern begleitet.

Wie es im Iran kurzfristig weitergeht, ist offen. Was nicht mehr offen ist, ist die Frage der Legitimation. Ein Regime, das seine Macht allein durch Mord, Folter und Terror gegen die eigene Bevölkerung sichert, hat jede politische und moralische Grundlage verloren – national wie international.

Was wir tun können? Wir dürfen die Menschen im Iran nicht vergessen. Denn jede:r Tote ist nicht nur eine Zahl in einer grausamen Statistik, sondern ein Name, ein verlorenes Leben – und eine Geschichte, die nie mehr erzählt werden kann.

Armita Kazemi, Tochter politischer Flüchtlinge aus dem Iran, Mitglied im SPD-Landesvorstand.

Jugendhilfe in Eimsbüttel: Unterfinanziert trotz wachsendem Bedarf

Die Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk Eimsbüttel ist ein zentraler Anker für Familien, Kinder und Jugendliche. Sie unterstützt junge Menschen in Lebenskrisen, bietet niedrigschwellige Freizeit- und Bildungsangebote, stärkt persönlichen Halt und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Teilhabe im Quartier. Gleichzeitig stehen die Einrichtungen und Träger vor immer größeren Herausforderungen – vor allem, weil die finanzielle Ausstattung nicht mit den steigenden Bedarfen mithält.

Mehr Aufgaben, kaum mehr Planungssicherheit

Die Jugendhilfe im Bezirk umfasst ein breites Feld: offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienförderung, sozialräumliche Projekte, frühe Hilfen sowie der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) des Jugendamts. Diese Angebote sind wichtig für Prävention, Erziehungshilfe und gesellschaftliche Teilhabe – sei es im Jugendclub Eimsbüttel, im Stadtteilladen, in offenen Treffpunkten oder in spezialisierten Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern.

Trotz dieser Vielfalt trifft die Mitarbeitenden eine wachsende Nachfrage: Die psychosozialen Herausforderungen bei jungen Menschen nehmen zu, gleichzeitig verlangen gesellschaftliche Veränderungen wie Migration und Nachverdichtung in Stadtteilen neue Unterstützungsformen. Doch die Ressourcen für diese Arbeit legen nicht im gleichen Maße zu. Das wurde auch aktuell im Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung deutlich: Selbst wenn die Rahmenezuweisungen für 2025 erhöht wurden, bleiben sie nicht auskömmlich, weil Personalkosten, Mieten und Betriebskosten stärker steigen als die Mittel. Die Folge: Träger müssen zusätzliche Anträge stellen, zeitlich begrenzte Projektmittel nutzen oder Eigenmittel einsetzen, um ihre Strukturen zu sichern. Dies führt zu einer stark eingeschränkten Planungssicherheit – ein Zustand, der langfristige Konzepte und nachhaltige Angebote nahezu unmöglich macht.

Was bedeutet das für Träger vor Ort?

Für die Organisationen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung heißt die derzeitige Finanzlage konkret:

Kurzfristige Finanzierungsrisiken: Ohne zusätzliche Nachsteuerungen drohen „kalte Kürzungen“ bei Öffnungszeiten, Honoraren oder pädagogischen Angeboten.

Personalprobleme: Befristete Mittel und unsichere Finanzierungszusagen erschweren die Gewinnung und Bindung von Fachkräften – in einem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt für Sozialpädagogik.

Verwaltungsaufwand: Viel Arbeitszeit fließt in Antragstellung, Abrechnung und Mittelakquise – statt in direkte Arbeit mit jungen Menschen.

Erhalt statt Entwicklung: Viele Träger kämpfen nicht um innovative Projekte, sondern allein um den Erhalt bestehender Angebote.

Diese strukturelle Unterfinanzierung wirkt sich nicht nur auf die Qualität der Angebote aus, sondern auf die Nachhaltigkeit der Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk insgesamt.

Jugendhilfe ist Zukunftsinvestition!

Die Jugendhilfe leistet einen klaren gesellschaftlichen Mehrwert: Sie begegnet sozialer Ungleichheit, stärkt Selbstwirksamkeit und beugt problematischen Entwicklungen vor. Gerade in einem lebendigen, wachsenden Bezirk wie Eimsbüttel sind stabile, robuste Angebote für junge Menschen und Familien entscheidend, um sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Doch um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es nicht nur Anerkennung – es braucht auskömmliche, verlässliche Finanzierung und planbare Rahmenbedingungen für die Träger. Mehrjährige Finanzierungszusagen, eine echte Anpassung an tarifliche und betriebliche Kostensteigerungen sowie frühzeitige Beteiligung der Träger an Bedarfsplanungen wären die richtigen Schritte.

Denn: Jugendhilfe ist keine zu verwaltende Kostenstelle – sie ist eine Investition in starke, selbstbewusste und solidarische Kinder und Jugendliche, die unsere Gesellschaft heute und morgen prägen.

Charlotte Nendza-Ammar

Anzeige

Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?



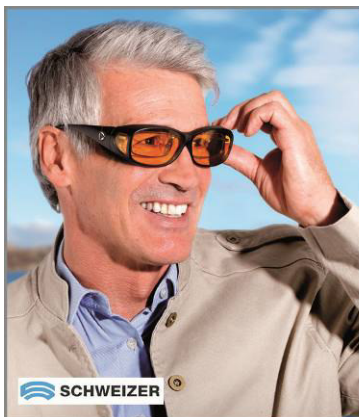
Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach





OPTIKDANIEL

hingucken ... reinschauen ... durchblicken

Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01

Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel

team-**inso**

Ralf Bednarek

Fachanwalt für Strafrecht

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Telefon: 040 / 360 980 60

www.team-inso.de

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzende:	Charlotte Nendza-Ammar	Tel. 0174/8246192
	und Gabor Frese	Tel. 0178/9101428
Stellvertretende Vorsitzende:	Svetlana Romantschuk	Tel. 0176/63429838
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Til Bernstein	Tel. 0174/7080903
	und Ralf Meiburg	

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de

E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:

IBAN: DE38 5003 3300 1244 0089 00, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank